



MORSBACH

Morsbacher Rundblick

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Weichen für die Zukunft gestellt

Wenn alles planmäßig läuft, werden nach jahrelangem Stillstand in nächster Zeit mehr als 20 Mio.€ in die Infrastruktur investiert. In seltener Einmütigkeit hat eine große Mehrheit im Gemeinderat für das Integrierte Handlungskonzept (IHK) gestimmt, dass im Ortszentrum, am Bahnhof und Bahngelände und im Schulzentrum an der Hahner Str. für ein Bündel an Maßnahmen große Investitionssummen zur Entwicklung unserer Heimatgemeinde vorsieht.

Unterschiedliche Standpunkte zum Haushalt 2017 vertraten dagegen die größten Fraktionen bei den Entscheidungen insbesondere über Steuern und teilweise bei der Neuregelung der Straßenbeleuchtung. Während die CDU nach dem Prinzip Hoffnung –Risiken ausblendend – auf stetig steigende Gewerbesteuererinnahmen setzt, übernimmt die SPD die Verantwortung für die getroffenen Investitionsentscheidungen und mutet den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde sowie den Gewerbetreibenden Steuererhöhungen zur Mitfinanzierung der attraktivitätssteigernden Investitionen zu.

Randnotiz

Emotionen entscheiden, nicht die Fakten! Viele haben heute das Gefühl „sozial abgehängt“ zu sein. Schnell sind Verantwortliche gefunden, die Politiker, die Wirtschaftsbosse, die Flüchtlinge... Der Verweis auf die Realitäten, Zahlen und Fakten dringt nicht durch. (Die Kanzlerin nennt das postfaktische Zeiten) Schon in der Bibel wurde dem Sünden(Ziegen)bock symbolisch alles Übel aufgeladen und dieser dann in die Wüste geschickt. Willkommen sind Vereinfacher (Populisten), denen es mit ihren Parolen gelingt, ein Gefühl der Hoffnung zu erzeugen, dass alles besser würde, wenn sie das Sagen hätten. Kein konkreter Plan, keine realistisch umsetzbare Maßnahme wird benannt. Es wird – oft gegen besseres Wissen – nur viel versprochen. Eine Lösung der Probleme ist damit nicht gefunden!

Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen die Leitlinien einer Politik sein, um die anstehenden Aufgaben zu meistern.

Wohin steuert die Gemeinde?

Die städtebauliche Entwicklung von Morsbach ist mit dem IHK eingeleitet. Besonderes Augenmerk muss jetzt auf die Schulentwicklung gelegt, eine zukunftsfähige Lösung gefunden werden. Neben der Verwaltung arbeitet auch die SPD Fraktion mit Hochdruck an einem konzeptionellen Ansatz. Gut ausgebildete junge Menschen für unsere ortsansässigen Betriebe sind außerordentlich wichtig.

Daneben brauchen unsere Gewerbebetriebe unsere besondere Aufmerksamkeit, Anerkennung und Unterstützung in einem gesunden Maß der Abwägung auch der Bürgerinteressen (Stichworte: Bauleitplanung, Verkehrsplanung u.ä.)

Die aktuelle Diskussion über die Haushaltswirtschaft zeigt darüber hinaus sehr deutlich, wer sich darum bemüht, Morsbach voran zu bringen bzw. etwas zu bewegen. So strebt die SPD Fraktion die vollständige Versorgung der Grundschüler mit OGS Plätzen an, möchte junge Familien beim Eigentumserwerb unterstützen, bemüht sich vehement, die Gebührenbelastung zu begrenzen und mit phantasievollen Vorschlägen zur Wirtschaftlichkeit um ein effizientes bürgerfreundliches Verwaltungshandeln. Die unaufgeregt sachlich vorgetragenen Ideen und Anträge fanden trotz manchen Verwaltungswiderstandes häufig auch die Unterstützung der Ratsmehrheit. An der Sache orientierte Politik zahlt sich eben aus.

Die SPD Ratsvertreter stehen dafür, dass sie sich für ihre Gemeinde im Ganzen einsetzen und arbeiten.



Flexirente: Selbstbestimmter in den Ruhestand

Immer mehr Menschen schieben ihren Rentenbeginn hinaus. Der Effekt: mehr Geld im Portemonnaie und persönliche Zufriedenheit. Das „Flexirentengesetz“ hilft, den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente selbstbestimmter zu gestalten. Das Kabinett hat die Formulierungshilfe zum Gesetzentwurf beschlossen.



Worum genau geht es?

Wer vor Erreichen der Regelaltersgrenze Arbeit reduzieren und Teilrente beantragen will, dem eröffnen sich mehrere Varianten: Teilrente und Hinzuverdienst werden flexibel und individuell miteinander kombinierbar.

Die Teilrente soll eine anrechnungsfreie Hinzuverdienstgrenze von 6.300 Euro jährlich enthalten. Darüber liegende Verdienste sollen zu 40 Prozent auf die Rente angerechnet werden. Das gilt auch für Erwerbsminderungsrenten. Die bisherigen starren Teilrentenstufen und Verdienstgrenzen entfallen.

Wer eine vorgezogene Vollrente bezieht und trotzdem weiterarbeitet, erhöht damit künftig seinen Rentenanspruch. Durch die anhaltende Beitragszahlung zur Rentenkasse gibt es mehr Leistung.

Versicherte können früher und flexibler zusätzliche Beiträge in die Rentenkasse einzahlen, um Rentenabschläge auszugleichen. So lässt sich ein vorzeitiger Renteneintritt besser planen und absichern.

„Vorausschauende Wirtschaftspolitik“

Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftliche Herzstück Deutschlands und eine der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas. Im vorigen Jahr schwächelte Nordrhein-Westfalen. Für das erste Halbjahr 2016 meldet jetzt IT.NRW aber ein solides Wachstum von 2,1 Prozent.

- Noch nie hatten in NRW so viele Menschen Arbeit wie heute
- die Jugendarbeitslosigkeit in NRW ist 2015 auf einem historischen Tiefststand
- Nordrhein-Westfalen ist Investitionsstandort Nr. 1 in Deutschland für ausländische Unternehmen.
- Nordrhein-Westfalen besitzt die dichteste Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Europa.
- Nordrhein-Westfalen liegt mit rund 67.000 gewerblichen Existenzgründungen im Jahr 2015 an der Spitze der Bundesländer.

KITA- Beiträge werden erhöht

Gegen die Stimmen der SPD wurden in der letzten Kreistagssitzung die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten erhöht.

Das muss nicht sein! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür ein, dass Bildung und Erziehung als sozialstaatliche Leistung grundsätzlich beitrags- und gebührenfrei angeboten werden sollte- und der längere Weg zu diesem Ziel führt unseres Erachtens nicht über eine Beitragserhöhung!



Junge Familien fördern - Altbauleerstand vermeiden

Die SPD Morsbach begrüßt das neue Förderprogramm

Junge Familien, die innerhalb des Gemeindegebietes leer stehende Objekte bis zu einem Gesamtaufpreis von 150.000 € – insbesondere Ein- oder Zweifamilienwohnhäuser – zur dauerhaften eigenen unmittelbaren Nutzung entgeltlich erwerben, sollen auf Antrag einen einmaligen Zuschuss erhalten.

Dieses wurde auf der letzten Gemeinderatsitzung in diesem Jahr

auf Antrag der SPD einstimmig beschlossen! Dazu liefern wir einen zukunfts wichtigen Beitrag zur Ansiedlung neuer Familien und der Verminderung des Leerstandes an Altbauten.

Antragsteller, die ein Ein- oder Zweifamilienwohnhaus in der Gemeinde Morsbach im Sinne dieses Programms erwerben, erhalten einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro zuzüglich 2.500 Euro je Kind maximal jedoch nur 10.000 Euro.

Näheres erfahren Sie ab sofort bei der Gemeindeverwaltung unter 02294-699-0 oder rathaus@gemeinde-morsbach.de



Mehr Informationen erhalten Sie unter
www.spd-morsbach.de